



**Sprechstunden
der
DKP-Ratsgruppe**

**Montag und Donnerstag
von 15 bis 17 Uhr
im DKP-Büro, Bottrop,
Germaniastraße 54**

**Telefon: 688157
www.dkp-bottrop.de
und bei Facebook**

Bottrop säuft ab!

Maßnahmen gegen steigendes Grundwasser dringend nötig

Der Anstieg des Grundwassers in einigen Bottroper Stadtteilen ist eine Folge des Bergbaus, der Renaturierung der Emscher mit dem Emscher-Umbau sowie der Bau von neuen Abwasserkanälen.

Beim alten System der Emscher und seiner Nebenflüsse konnte das Grundwasser in die maroden Betonröhren eindringen und abfließen. Mit der Renaturierung wird das Schmutzwasser jedoch in neue Betonröhren abgeleitet. Dort kann das Grundwasser nach dem Umbau nicht mehr eindringen. Die Folge ist ein langsames Ansteigen des Grundwassers bis zu der neu angelegten Bachsohle. Dies ist zum Beispiel beim renaturierten Kirchschemmsbach zu beobachten. Damit sind auch die nassen Keller der Hauptfeuerwehrwache an der Hans-Sachs-Straße zu erklären. Viele Hauseigentümer am weiteren Verlauf des Kirchschemmsbach klagen ebenfalls über nasse Keller. Auch im Bereich Kalverkamp/ Viktoriastraße/ Blankenstraße im Einzugsbereich des Liesenfeldbaches ist dies ein ständiges Ärgernis für die Anwohner. Die Einsichtnahme in die Hydrologische Karte des Rheinisch-Westfälischen-Steinkohlebezirks macht deutlich, welche Siedlungsbereiche in Bottrop besonders durch einen Anstieg des Grundwassers betroffen und gefährdet sind. Die gleiche Wirkung wie der Umbau der Emscher hat auch der Bau von neuen Abwasserkanälen durch die Stadt.

DKP-Ratsherr Michael Gerber: „Laut Emschergenossenschaft sind im Emschergebiet insgesamt 46.000 Gebäude von einem Anstieg des Grundwassers betroffen, indem die Drainagewirkung des bisherigen Emscher-Systems durch deren Renaturie-

rung entfällt. In Essen-Karnap hat die Emschergenossenschaft im letzten Jahr ein Modellprojekt realisiert. Dort wurde ein neues Drainagesystem gebaut, um dem ansteigenden Grundwasserspiegel entgegenzuwirken und die Nässe in den Kellern der Anwohner zu beseitigen.“

Die Stadt wird jetzt ein Ingenieurbüro in den Planungsausschuss einladen, um die technischen und rechtlichen Möglichkeiten sowie finanziellen Auswirkungen darzustellen. Die DKP sieht dies als Auftakt, um durch die Emschergenossenschaft, in Kooperation mit der Stadt Bottrop, ein Drainagesystem in betroffenen bzw. gefährdeten Siedlungsbereichen zu errichten, das dem Anstieg des Grundwassers entgegenwirkt. Dies ist eine Voraussetzung, damit Anwohner nicht länger über nasse Keller klagen müssen.

Michael Gerber: „Die Anwohner und Wohnungseigentümer sind nicht verantwortlich für die Veränderungen des Grundwasserspiegels, sie tragen nur die Folgen und müssen entschädigt werden. Auch das ist nach Ansicht der DKP Aufgabe der Emschergenossenschaft. Die DKP geht außerdem davon aus, dass die ursprünglichen Veränderungen der Flussläufe dem Bergbau geschuldet waren und sind. Auch die RAG sollte also an den Kosten für die Betroffenen beteiligt werden.“

**Stephan Nowaczek,
Tel.: 0163 70 70 468**



Am Kirchschemmsbach sieht alles schön und natürlich aus, so wie es sein sollte – nur: Die Renaturierung, so wie sie gemacht wurde, verursacht nasse Keller in der Umgebung.

Sozialer Wohnungsbau - Geld ist da

Fördergelder ungenutzt

Die Stadt Bottrop hat 2019 nur 80 Prozent der Fördermittel für den sozialen Wohnungsbau des Landes abgerufen. Dies ist das Ergebnis einer landesweiten Umfrage des WDR bei den Städten und Landkreisen in NRW. Danach hat Bottrop von den 3,6 Millionen Fördergeldern nur 2,876 Millionen für den sozialen Wohnungsbau genutzt.

DKP Ratsfrau Irmgard Bobrzik: „In Bottrop fallen jedes Jahr mehr Wohnungen aus der sozialen Bindung heraus, als neue soziale Wohnungen geschaffen werden. Es ist daher ein Unding, wenn die Fördertöpfe nicht ausgeschöpft werden. Die DKP fordert für die Stadt Bottrop ein städtisches Wohnungsprogramm für den Bau von Sozialwohnungen.“ Das es auch anders geht, zeigt das Beispiel der Stadt Hamm. Dort werden statt der zustehenden 4,3 Millionen Fördermittel im letzten Jahr 15,1 Millionen Fördergelder abgerufen. Dies entspricht einer Förderquote von 351 Prozent.

Irmgard Bobrzik, Tel.: 62020

Wieder mal Extrawurst

Brabus baut jetzt Großgastronomie

Brabus-Eigner Bodo Buschmann erwarb das Sackers-Gelände, um dort ein Hotel und einen Gastronomiebetrieb zu errichten. Dafür wurde 2014 extra der Flächennutzungsplan geändert und die zu bebauende Fläche gegenüber dem ehemaligen Sackers-Gebäude deutlich vergrößert. Die Fläche erfüllt eine zentrale Freiraumfunktion in dem Regionalen Grünzug als Fläche zur Sicherung besonderer Klimafunktionen und ist als allgemeiner Freiraum und Agrarbereich ausgewiesen. In der Klimaanalyse 2019 der Stadt Bottrop wird dieser Bereich als bedeutende Frischluftschneise definiert und gefordert, die „Ventilationsbahnen möglichst von Bebauung freizuhalten. Die stadtnahen Freiflächen sollten als Ausgleichsräume gesichert und aufgewertet werden.“

Nachdem die Hotelpläne gescheitert sind, sollen dort jetzt zwei großflächige Gastronomiebetriebe mit 155 Parkplätzen realisiert werden. Für die aktuellen Eigentümer der Buschmann-Familie soll erneut der Flächennutzungsplan geändert und ein neuer Bebauungsplan aufgestellt werden. DKP-Ratsmitglied Michael Gerber: „Es ist ein Skandal, dass nach dem Beschluss des Rates zum Klimanotstand für die Buschmann Familie wieder ein extra Planungsrecht in einem geschützten Naturraum geschaffen werden soll. Es gibt genügend andere Baugrundstücke in Bottrop, um Gastronomie dort zu realisieren.“

Der regionale Grünzug ist auch durch weitere Baupläne akut bedroht. Neben dem Marienhospital plant die Stadt in dem geschützten Freiraum die neue Hauptfeuerwache zu errichten und an der Tourcoingstraße ist die Bebauung des Spargelfeldes geplant. DKP-Ratsmitglied Michael Gerber: „Die Stadt ist dabei, notwendige Konsequenzen aus dem Klimawandel zu ignorieren und mit dem Flächenfrass den Bürgern die Luft zum Atmen zu nehmen.“

Michael Gerber, Tel.: 96227



Es regnete im letzten Jahr um Nikolaus – der DKP-Nikolaus ließ sich trotzdem nicht entmutigen und verteilte wacker Geschenke an Groß und Klein, wie hier am Eigener Markt.

Kosten steigen um 5 Millionen

Schlamperei am Bau

Aus der Haushaltsrede von Michael Gerber

„Völlig zu Recht wird in der Öffentlichkeit sehr stark kritisiert, dass es bei den Baumaßnahmen zur Renovierung des Rathauses, der Erweiterung des Quadrats sowie des Kulturzentrums zu massiven Kostensteigerungen kommt. Allein diese drei Baumaßnahmen führen zu Mehrkosten von über 5 Millionen Euro.“

Die Sparwut, möglichst Personal einzusparen, zeigt hier ihre fatale Wirkung. Die Planung wird an externe Planungsbüros vergeben, statt diese Aufgaben selbst durch die städtischen Dienststellen zu bearbeiten. Bei der Auftragsvergabe durch externe Planungsbüros kann die Baubranche Extraprofite durch höhere Preise erzielen, da die Stadt aus dem Vertrag mit dem Planungsbüro nur mit großen Verlusten wieder herauskommt. Gleichzeitig fehlt bei der Stadt die Kapazität, die Planung und Baudurchführung fachgerecht zu begleiten und zu kontrollieren.

Exemplarische Beispiele sind der Rathausturm, der ‚vergesen‘ wurde oder beim Quadrat, wo eine tiefere Ausschachtung zur Vorbereitung des Baugrundes sowie eine größere Menge an Teichschlamm und deren Entsorgung bei Verlegung des Biotopes notwendig war. Dies nenne ich schlicht Schlamperei! Die Kostenexplosion bei diesen Baumaßnahmen nur auf die Erhöhung der Baupreise zu schieben verdeckt nur die Ursachen in der eigenen Verwaltung: Der Personalmangel in den Fachämtern – übrigens auch ein Ergebnis des Spardiktates – und der Fehler, Planungsbüros mit der Abwicklung von Baumaßnahmen zu beauftragen.

Dass es auch anders geht, zeigt das Beispiel des Baus der Sekundarschule oder die Erweiterung der Offenen Ganztagschule an der Astrid-Lindgren-Grundschule. Bei diesen Baumaßnahmen - von der Stadt geplant und unter städtischer Regie realisiert - wurde der Kostenrahmen eingehalten! Und das bei einer Bausumme in der Größenordnung der Erweiterung des Quadrats! Die Konsequenz muss sein: Mehr städtisches Fachpersonal einstellen und grundsätzlich keine Fremdvergaben mehr an Planungsbüros, die sich ihre Fehlplanungen auch noch teuer bezahlen lassen! Anders ausgedrückt: Wenn Sie zuhause eine Glühbirne tauschen: Würden Sie dann für die Reparatur einen Elektriker kommen lassen? Das Motto der Stadtverwaltung muss lauten: Wir können es selbst besser!“

Michael Gerber, Tel.: 96227

Strafanzeige gestellt

BEST: Brand auf der Deponie mit Folgen

Am 20. Dezember 2016 gab es in Bottrop auf der Deponie Donnerberg der städtischen Entsorgungsfirma BEST einen Brand. In den Tagen vor dem Brand wurden ca. 800 Tonnen Hausmüll, statt zum MHKW Karnap gefahren zu werden, auf der Deponie Donnerberg zwischengelagert. Dafür gab es 2016 keine Genehmigung von Seiten der Bezirksregierung Münster. Der Hausmüll hatte sich am 20. Dezember 2016 auf der Deponie selbst entzündet.

Nach dem Brand auf der Deponie hat das Vorstandsmitglied der BEST, Carsten Sußmann, den damaligen Leiter der Deponie Fritz Sch. aufgefordert, das Betriebstagebuch der Deponie Donnerberg zu ändern. Nachdem dieser sich jedoch geweigert hatte, hat Herr Sußmann selbst im Betriebstagebuch die Einträge geändert. Diese Änderung wurden vorgenommen, um zu verhindern, dass die Menge an zwischengelagerten Hausmüll von der Bezirksregierung Münster als Aufsichtsbehörde erkannt und beanstandet wurde.

DKP-Mitglied Hermann Bode stellte daher Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft. In deren Stellungnahme heißt es dazu: „Bei der Überprüfung der von Ihnen zur Anzeige gebrachten Vorgänge hat sich herausgestellt, dass der von Ihnen beschuldigte Carsten Sußmann Eintragungen in dem Betriebstagebuch, das sowohl in Papierform als auch in elektronischer Form geführt wird, vorgenommen hat, die inhaltliche Eintragungen widersprechen, die der Deponieleiter Sch. vorgenommen hatte. Diese Eintragungen hat der Beschuldigte jedoch mit seinem Namen gekennzeichnet bzw. in elektronischer Form erkennbar gemacht, von wem die Eintragungen stammen.“

Abschließend heißt es: „Im Übrigen hat die Überprüfung durch die Bezirksregierung Münster ergeben, dass die zwischenzeitliche Lagerung von großen Mengen Hausmüll in den Tagen vor dem Brand zwar nicht genehmigt war, jedoch nicht gegen strafrechtliche Vorschriften verstoßen hat.“

Auch nach dem Brand im Dezember 2016 sollen im April 2017 im Bereich der Umladefläche 800 bis 1000 Kubikmeter Sperrmüll fahrlässig und vorsätzlich auf der Deponie Donnerberg zwischengelagert worden sein, statt zum MHKW Karnap gefahren zu werden.

Die Bezirksregierung Münster stellt in ihrer Antwort auf die Dienstaufsichtsbeschwerde der DKP Bottrop fest: „Ausgehend von den Bränden auf dem Gelände der Deponie wurde die Zulassung der einzelnen hier betriebenen Nebenanlagen überprüft.“

Insgesamt wurde seinerzeit festgestellt, dass einige der hier betriebenen Anlagen im Laufe der Zeit ohne Aktualisierung der Zulassung verändert oder ergänzt wurden.

Die BEST hat daraufhin das gesamte Anlagenkonzept des Recyclinghofs überarbeitet und an die aktuelle Betriebssituation angepasst.“ Die Genehmigung der Bezirksregierung erfolgt im Dezember 2018, zwei Jahre nach dem Brand auf der Deponie.

DKP-Ratsmitglied Michael Gerber: „Für ein städtisches Unternehmen sind die Vorgänge beschämend. Die DKP hat diese und andere Vorfälle im Verwaltungsrat der BEST zur Sprache gebracht. Frau Gottemeier, musste ihren Platz bei der BEST inzwischen räumen. Nach Auffassung der DKP sind weitere personelle Konsequenzen im Vorstand der BEST notwendig.“

Hermann Bode.

Bürger spenden

Über 1000 Euro für Püttampel

Im Sommer haben Roland Peukert, Michael Gerber und Manfred Plümpe begonnen, für sogenannte Bergmannsampeln“ an der Kreuzung Gladbecker Straße/ Aegidistraße sowie für die Fußgängerampel an der Rheinbabenschule zu sammeln. Damit soll an die Geschichte und Tradition des Bergbaus in unserer Stadt sowie im Eigen mit der Zeche Rheinbaben erinnert werden, ebenso an das Wirken des legendären Betriebsratsvorsitzenden und Kommunisten Clemens Kraienhorst. Von der Bevölkerung im Eigen wurde dafür insgesamt 1.007,49 Euro gespendet. Das ist ein super Ergebnis!

Die Bezirksvertretung Mitte hat den Vorschlag für die Einrichtung von Bergmannsampeln an diesen beiden Standorten unterstützt. Der Verwaltungsvorstand der Stadt mit Oberbürgermeister Tischler hat jedoch nur noch die Umrüstung der Fußgängerampel an der Rheinbabenschule sowie an weiteren drei Fußgängerampeln in anderen Stadtteilen genehmigt. Gegen diese Begrenzung auf dann insgesamt nur neun Püttampeln in Bottrop gibt es bereits Proteste aus der Bürgerschaft. Da die Umrüstungen jeweils aus Spenden getragen werden, muss die Stadtspitze hier einlenken. Die DKP wird darauf drängen, dass die Spenden im Eigen auch für Bergmannsampeln verwendet werden.

Michael Gerber, Tel.: 96227

Bebauungsplan Johannesstraße

186 Einsprüche

Im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung haben Anwohner und die DKP 186 Unterschriften für einen Einspruch gegen den geplanten „Bebauungsplan Johannesstraße“ gesammelt und im Stadtplanungsamt abgegeben.

In der Begründung des Einspruches heißt es: „An der Johannesstraße befindet sich eine der letzten Grünflächen im Bottroper Süden. Für die Luftqualität in der Nähe der Kokerei sind grüne Oasen wie an der Johannesstraße besonders wichtig. Sie bedeuten Lebensqualität für die Anwohner und verbessern das Klima im Stadtteil.“

Die bisherigen Mietergärten und der alte Baumbestand würden dann ersatzlos vernichtet. Die historischen Wohngebäude Johannesstraße 80 bis 86 sollen abgerissen werden. Damit wird preiswerter Wohnraum vernichtet und langjährige Mieter werden aus ihrem Wohnumfeld vertrieben. Auf einer Gesamtfläche von 9.500 Quadratmetern sollen 22 Einfamilienhäuser und 12 Wohneinheiten in einem neuen Mehrfamilienhaus entstehen.

Wir fordern die Stadt Bottrop und VIVAWEST auf, die Grünfläche mit Gärten sowie die historische Wohngebäude Johannesstraße 80 – 86 zu erhalten und den Bebauungsplan Johannesstraße nicht zu beschließen.“

DKP-Ratsmitglied Irmgard Bobrzik: „Der Rat der Stadt hat den Klimanotstand ausgerufen. Als Konsequenz müssen dann aber auch wichtige innerstädtische Grünzonen wie an der Johannesstraße erhalten werden. Mit ihrer Beseitigung verschlechtert sich das belastete Klima im Bottroper Süden noch weiter.“

Irmgard Bobrzik, Tel.: 62020

Anwohner sagen NEIN



Momentaufnahme der Ski-Halle von außen – eine Stütze musste her. Das wird vermutlich für solide und nicht provisorisch gehalten.

Rummelplatz auf der Halde

Der van-der-Valk-Konzern plant, auf der Halde des Alpincenters einen riesigen Freizeitpark zu errichten. Die Skihalle soll verbreitert und verlängert werden. An der Nordseite, in Richtung der Siedlung Johannestal, soll eine Diskothek, eine „Alpine Erlebnisanlage“, eine Minigolf-Anlage, ein großer Kinderspielplatz sowie ein 120-Betten-Hotel errichtet werden. Auf der Südseite sind Berghütten, eine Apres-Ski-Bar und eine „Alpine Wasserwelt“ mit Schwimmbad geplant. Damit auf der Südseite der Halde Berghütten und ein Schwimmbad errichtet werden können, sollen auch dort jetzt neue Anschüttungen mit Hausmüllverbrennungsasche sowie 25 Prozent Zusatz von granulierter, verglasteter Hüttenschlacke aus der Kupfererzeugung durchgeführt werden. Es ist der gleiche Sondermüll, wie er bei der Anschüttung des Nordhangs verwendet wird. Damit macht das Alpincenter bekanntlich auch noch einen großen Gewinn!

Die Anschüttung des Nordhangs sollte eigentlich eine Stabilisierung des Alpincenters erreichen. Bereits vor Beginn der Baumaßnahme hatte die DKP gewarnt, dass sich stattdessen die Verschiebungen der Skihalle noch verstärken werde. Genau dies ist jetzt eingetreten, wie aktuelle Messungen zeigen! Ein Stützpfiler hat sich innerhalb von drei Monaten um 2,7 cm verschoben! Als Konsequenz ist jetzt der teilweise Neubau der Skihalle geplant. Das Alpincenter und die Stadt wollen, dass die Messergebnisse unter Verschluss bleiben. Gegen diese Vertuschung wichtiger Informationen protestiert die DKP. Die DKP wird auch weiterhin die Öffentlichkeit informieren.

Die Bewegungen des Haldenkörpers werden durch weitere Anschüttungen und die geplanten Baumaßnahmen wie ein Hotel oder eine „Alpine Wasserwelt“ nicht zur Ruhe kommen. Für solche Bauten ist der bewegliche Untergrund der Halde völlig ungeeignet!

Es ist ein Skandal, dass Oberbürgermeister Tischler den neuen Plänen des Alpincenters im Grundsatz bereits grünes Licht gibt. Die Halde droht zu einem Rummelplatz mit massiver Lärmbelästigung tagsüber und nachts zu werden. Die berechtigten Interessen der Anwohner, ohne die ständige Lärmquelle des Alpincenters zu leben, sind der Stadtverwaltung offensichtlich völlig egal.

Michael Gerber, Tel.: 96227

Kalter Eigen

Kreuzung behindertengerecht gestalten

Die vierspurige Kirchhellener Straße trennt praktisch zwei Stadtteile aufgrund der hohen Verkehrsbelastung und der erhöhten Geschwindigkeit. Auf der östlichen Seite Am Limberg wohnen viele ältere Menschen, denen der Zugang zu den Ärzten, zur Bäckerei und zur Apotheke auf der anderen Straßenseite gefahrlos kaum möglich ist.

Frau Irmgard Werntges, ist blind und 78 Jahre alt. Sie hat bei Betroffenen in ihrer Nachbarschaft Am Limberg inzwischen mehr als 120 Unterschriften gesammelt. Notwendig ist nämlich eine behindertengerechte Ampelanlage, die mit einem Vibrationssignal ausgestattet ist. Akustische Signale sind wegen des Verkehrslärms wirkungslos.

Zur Unterstützung von Frau Werntges hat sich DKP-Bezirksvertreter Manfred Plümpe an den Landesbetrieb Straßen NRW gewandt. In der Antwort gibt man sich damit zufrieden, dass nach anderthalb jähriger Bauzeit die Ampelanlage endlich repariert werden konnte.

Ein behindertengerechter Ausbau dagegen erfordere nicht nur den Ausbau der Lichtsignalanlage, sondern auch erhebliche Tiefbaumaßnahmen.

Ein solcher Auftrag sei aber bisher nicht an den Landesbetrieb herangetragen worden. Es ist nicht nachvollziehbar, dass von Seiten der Stadt Bottrop eine behindertengerechte Ampelanlage bisher gar nicht beauftragt wurde.

Manfred Plümpe, Tel.: 94135



Sterben wird wieder teurer

Friedhofsgebühren steigen drastisch

Die Gebühren für ein Urnenreihengrab wurden vom Rat der Stadt gegen die Stimmen der DKP im Juli um 41 Prozent und für eine Urnenkammer um 26 Prozent erhöht. Beide Bestattungsarten werden in Bottrop am häufigsten genutzt. Nach Auffassung der DKP sind keine Erhöhungen der Friedhofsgebühren nötig.

Bottrop hat mit dem Stadtgarten und dem Volkspark Batenbrock nur wenige große innerstädtische Parkanlagen. Die Friedhöfe haben einen Erholungswert und füllen diese Lücke. Für das Stadtklima haben die Friedhöfe eine wichtige Funktion. Die DKP fordert daher den Anteil des öffentlichen Grüns von jetzt 30 Prozent wieder auf 40 Prozent zu erhöhen. Dieser städtische Anteil reduziert die Friedhofsgebühren und galt bis zum Jahr 2010. Danach wurde dieser Anteil schrittweise zu Lasten der Bürger gesenkt.

Ein weiterer Kostentreiber sind die sogenannten „kalkulatorischen Abschreibungen“ und die Verzinsung des Anlagenkapitals mit 6,24 Prozent. Theoretisch soll die Höhe der Verzinsung die Zinsentwicklung von 30 Jahren widerspiegeln. Tatsächlich hat die Stadt jedoch in den letzten Jahrzehnten immer geringere Zinsen gezahlt. Derzeit erhält die Stadt Kredite von unter 0,5 Prozent Zinsen. Beim Oberverwaltungsgericht ist eine Klage anhängig, mit der die Rechtmäßigkeit der hohen kalkulatorischen Zinsen überprüft wird. Ein weiterer Kritikpunkt der DKP betrifft die Tatsache, dass die kalkulatorischen Zinsen wie Steuereinnahmen betrachtet werden und nicht in dem Bereich Friedhöfe verbleiben. Dies widerspricht dem Grundsatz von Gebühren.

Ria Reichel, Tel.: 51830

Alte Menschen etwas weniger arm

GroKo plant Mini-Renten-Reform

Zweifellos bringt die von der Bundesregierung geplante Grundrente Verbesserungen für hunderttausende Rentner in unserem Land. Geringverdiener sollen einen Rentenaufschlag oberhalb der Grundsicherung erhalten, wenn sie mindestens 33 Jahre in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt haben. Die Einkommensgrenzen, bis zu denen die Grundrente in Anspruch genommen werden kann, liegen bei 1.250 Euro für Alleinstehende und 1.950 Euro für Ehepaare. Auch wenn damit diese Renten nur wenig über der Grundsicherung liegen, ist es erschreckend, für wie viele Menschen bereits das eine Rentenerhöhung bedeutet.

Die seit Jahren steigende Altersarmut ließ sich nicht länger kaschieren und der vielzitierte Sozialstaat trieb immer mehr Senioren an die Tafeln. Waren noch im Jahr 2010 „nur“ 14 Prozent der Rentner und Pensionäre durch Armut gefährdet, kletterte ihr Anteil auf 18,7 Prozent im Jahr 2017. Ende 2019 stellte Jochen Brühl vom Vorstand des Bundesverbands Deutsche Tafel fest: „Die Zahl der Rentner unter den Tafelkunden ist innerhalb eines Jahres um 20 Prozent auf 430.000 gestiegen.“ Der Paritätische Gesamtverband verweist in einer Stellungnahme darauf, dass heute die Altersarmut das am schnellsten wachsende Armuts-

risiko darstellt. Die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter habe sich von 257.734 im Jahr 2003 auf 559.419 im Jahr 2018 mehr als verdoppelt.

Das Übel Altersarmut wird mit der Grundrente nicht beseitigt, sagte Irmgard Bobrzik, Versichertenälteste der Deutschen Rentenversicherung Westfalen, der UZ. Es müssen andere Faktoren geändert werden: Das Rentenniveau müsste wieder auf 60 Prozent heraufgesetzt, die prekären Arbeitsverhältnisse beseitigt werden.

In ihrem Alltag erlebt sie die Reaktionen vieler Menschen bei Rentenberatungsterminen. Da hat ein Kollege 47 Jahre gearbeitet und der Versicherte kann nicht glauben, dass seine Rente so gering ausfällt. Kollegen vom Bau haben nicht berücksichtigt, wie negativ sich das Schlechtwettergeld auf die Rente auswirkt. „Die Abschläge bei den Renten müssen weg, die bei vorgezogenen Altersrenten und auch die für Schwerbehinderte“, fordert Bobrzik.

Insbesondere Frauen sind von der Altersarmut bedroht. Alleinerziehende Frauen finden, nachdem ihre Kinder älter geworden sind, schwerer eine Anstellung und haben zudem Berufsqualifikation verloren, was sich gemäß der kapitalistischen Logik in der Entlohnung bemerkbar macht. Und schon lange werden Frauen nicht mehr durch die Witwenrenten versorgt, nicht zuletzt weil die Lebenshaltungskosten seit Jahrzehnten wesentlich stärker als die Renten gestiegen sind.

Die gestiegene Altersarmut ruft wieder einmal die Privatisierer auf den Plan. Sie predigen die Eigenversorgung und damit die Privatisierung der Renten. Bereits in ihrem Koalitionsvertrag von 2018 haben die Koalitionsparteien der Bundesregierung formuliert: „Wir halten am Drei-Säulen-Modell fest und wollen in diesem Rahmen die private Altersvorsorge weiterentwickeln und gerechter gestalten. Es ist ein Dialogprozess mit der Versicherungswirtschaft anzustoßen mit dem Ziel einer zügigen Entwicklung eines attraktiven standardisierten Riester-Produkts.“

Die Riester-Rente hat sich als reines Unterstützungsprogramm für die deutschen Versicherungskonzerne erwiesen und ist ein Beitrag, die paritätische Altersvorsorge auszuhebeln. Der große Profiteur des Umbaus des deutschen Rentenwesens in den letzten 30 Jahren war das Kapital, dessen Anteil an der Finanzierung ständig heruntergefahren wurde. Das deutsche Kapital gab vor gut 30 Jahren die Senkung der Lohn- und Lohnnebenkosten in Auftrag, mit Hartz IV und anderen Sozialraubprogrammen haben die Bundesregierungen der letzten Jahrzehnte die Aufgaben zur vollen Zufriedenheit erfüllt.

In den letzten 25 Jahren lag die durchschnittliche jährliche Steigerung der Arbeitsproduktivität pro Erwerbstätigen in den unterschiedlichen Gewerben und Branchen zwischen 1,5 und 2,4 Prozent. Davon hat fast ausschließlich das Kapital profitiert. Käme diese Steigerung den Beschäftigten zugute, könnte nicht nur die vollzogene Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre sofort zurückgenommen werden, sondern auch die Altersarmut dauerhaft überwunden werden.

Aus der UZ – Wochenzeitung der DKP vom 24.1.2019

Impressum

Notizen aus Bottrop und Kirchhellen

Herausgeberin: DKP-Ratsgruppe im Rat der Stadt Bottrop
 V.i.S.d.P.: Michael Gerber, Germaniastraße 54, 46236 Bottrop
 Telefon 02041 / 688157
 dkp-bottrop@t-online.de
 Auflage: 40.000,
 Druck: Union-Druck Berlin

Unterdrückung

15 Jahre HartzIV

Am 1.1.2005 traten die nach Herrn Hartz, Personalvorstand bei VW, benannten Gesetze in Kraft, die schon damals von den Kritikern als „Armut per Gesetz“ bezeichnet wurden. Die Koalition aus Grünen und SPD zu dieser Zeit setzte um, was CDU und FDP allein nicht hinbekamen: Die Verantwortung für Arbeitslosigkeit sollte nicht mehr der Staat tragen, die Kapitalisten sowieso nicht, sondern die von Arbeitslosigkeit betroffenen selbst. Ohne die Hilfe der SPD wäre solch ein Gesetz nicht möglich gewesen.

Wer sich nicht an die knallharten Forderungen der Arbeitsämter hielt, wurde und wird sanktioniert. Manchmal reicht dafür schon ein verpasster Termin oder ein Sachbearbeiter aus, dem die Nase des „Hilfsempfängers“ nicht gefällt.

Viele Hoffnungen legten Betroffene auf ein Verfahren beim Bundesverfassungsgericht. Dort sollten die „Sanktionen“ gegen Betroffene überprüft werden. Doch sie wurden bitter enttäuscht und erneut belehrt, dass wesentliche sozialpolitische Fortschritte nur auf politischem Weg und nicht auf dem Instanzenweg der Gerichte durchsetzbar sind. Zwar stellte das Gericht in seiner Entscheidung vom 5.11.2019 fest, dass pauschale bis 3 Monate lange Sanktionen in Gestalt von Leistungszug von 60 bis 100 Prozent verfassungsrechtlich „unverhältnismäßig“ seien. Doch das System der Sanktionen, wonach Arbeitslose selbst zur Beseitigung ihres Zustandes beizutragen haben und können, blieb unberührt.

Es gilt also weiter: Arme dürfen noch ärmer gemacht werden, wenn sie nicht an der Überwindung ihrer Armut mitwirken. In der Sicht der Herrschenden geht es darum, vor allem denen, die (noch) Arbeit haben, zu zeigen, was ihnen blüht, wenn sie durch „übermäßige“ Wahrnehmung von Rechten ihren Arbeitsplatz verlieren sollten. Hartz IV ist und bleibt ein Instrument der Herrschaftsausübung aus Angst vor denen, die sich wehren könnten gegen ihre Lage.

Letztendlich läuft es darauf hinaus: Hartz IV muss weg!

Jörg Wingold, Tel.: 685911

DKP trauert um Franz Kemptner

Franz Kemptner – bekannt im Eigen als Kandidat der DKP – verstarb am 12. Dezember letzten Jahres im Alter von 77 Jahren. Die DKP trauert mit seiner Familie um ihn. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.



Deutsche Kommunistische Partei

Ich möchte Informationen über die DKP bekommen

Name

Straße

PLZ / Ort

Telefon

Goethestraße

Bus wird eingestellt

Im Bau- und Verkehrsausschuss bestand Einmütigkeit: „Es bleibt das Ziel, eine attraktive Busverbindung zwischen Oberhausen und Fuhlenbrock mit dem öffentlichen Nahverkehr einzurichten. Aber die Stichfahrt der Linie 961 durch die Goethestraße ist wegen der geringen Fahrgastzahlen zum nächstmöglichen Zeitpunkt einzustellen.“

Dem konnte auch Manfred Plümpe im Namen der DKP zustimmen. Aber er bemängelte, dass über die berechtigten Beschwerden der Anwohner kein Wort verloren wird. Sie fühlen sich nach wie vor übergangen und durch rigorose Durchsetzung der Parkregelung in den Haltebuchten gemaßregelt.

Beschlossen wurde aber, dass an verkaufsoffenen Wochenenden die Busse unentgeltlich genutzt werden können. Manfred Plümpe: „Für diese symbolische Werbemaßnahme ist plötzlich Geld vorhanden. Hätte man bei der Planung für die Verbindung zwischen Oberhausen und Fuhlenbrock nicht die billigste Lösung gewählt, so wären Kosten gespart und der Ärger mit den Anwohnern vermieden worden.“

Auf Druck der CDU wurde der Beschluss allerdings noch verwässert und darauf verwiesen, dass der „nächstmögliche Zeitpunkt“ mit den Verkehrsunternehmen noch abgesprochen werden muss. Es ist aber nicht nachvollziehbar, dass bis zum Fahrplanwechsel im Sommer gewartet werden soll. Denn die Stichfahrt durch die Goethestraße kann ohne Probleme kurzfristig eingestellt werden, während eine attraktive Busverbindung zwischen Oberhausen und Fuhlenbrock in den Sternen steht.

Manfred Plümpe, Tel.: 94135



Anwohner im Eigen erheben offiziell Einspruch gegen die Bebauung der Landschaftsschutzfläche an der Tourcoingstraße. Nach Hinweisen von Bürgern über Vermessungsarbeiten informierte die DKP bereits vor mehr als einem Jahr die Anwohner vor Ort. Die Planung ist ein erster Schritt, diese Frischluftschneise zu bebauen, obwohl durch den Klimawandel kühle Luft immer wichtiger wird. Die Lebensqualität und der Naturschutz müssen Vorrang haben vor dem Gewinninteresse des Bonava-Immobilienkonzerns und der Arenberg-Milliardäre. Der Kaufvertrag wurde schon im Februar 2019 abgeschlossen – ohne Information der Öffentlichkeit. Im November wurden an den Technischen Beigeordnete Müller 565 Einsprüche übergeben.

Leben im Schatten der Kokerei

Die belügen uns alle!

Birgit Duske wohnt am Haverkamp, direkt hinter der Kokerei. Als Mitglied der Bürgerinitiative „Saubere Luft für alle“ kämpft sie mit anderen MitstreiterInnen gegen die Umweltbelastung durch die Kokerei von ArcelorMittal. Fast täglich muss sie mit ansehen, wie aus den Schornsteinen der Kokerei der schwarze Rauch aufsteigt. Ständig ist ein schwefelhaltiger Geruch spürbar. Besonders empört hat sie die Nachricht, dass in der Kokerei hochgiftiger Petrolkoks von Shell verbrannt wurde. „Kokereichef“ Pufpaff hat uns gegenüber immer abgestritten, dass Petrolkoks eingesetzt wird.“ Unzählige Beschwerden wurden von ihr an die Kokerei, die Bezirksregierung und die Stadt geschickt. Die Reaktion war immer gleich: entweder erfolgte keine Antwort oder Beschwichtigungen bzw. der Hinweis, dass Zielwerte keine Grenzwerte seien und Ausnahmegenehmigungen vorlägen. „Die belügen uns alle!“ ist die ernüchternde Bilanz von Birgit Duske. Besonders enttäuscht ist sie von Oberbürgermeister Tischler. „Wo ist sein Gewissen geblieben? Die Gesundheit der Menschen wird durch die hohen Benzo(a)pyren-Werte bei uns aufs Spiel gesetzt.“

Der tägliche Betrieb der Hochfackel ist eine weitere Belastung. „Herr Pufpaff hatte uns zugesichert, dass damit in der 51. Kalenderwoche Schluss ist. Jetzt haben wir Ende Januar. Was sollen wir noch glauben?“ Birgit Duske gibt nicht auf und will weiterhin mit der



Bürgerinitiative kämpfen. Sie fordert endlich wirksame Maßnahmen der Kokerei, damit die Verseuchung der Umgebung aufhört. „Warum macht die Gewerkschaft nicht mehr Druck? Es geht auch um die Gesundheit der Beschäftigten!“ Eine Zukunft der Kokerei ist für Birgit Duske nur vorstellbar, wenn Grenzwerte auch tatsächlich eingehalten werden und die Umweltbelastung aufhört!

Reinigungsdienst

Wieder städtisch!!

Die DKP hat von Beginn an die Privatisierung der Reinigung an Schulen, Kindergärten und in den Verwaltungsgebäuden kritisiert. In den Haushaltsberatungen hat sich die DKP in den letzten 20 Jahren stets für die Rekommunalisierung der Gebäudereinigung eingesetzt. Insbesondere in den Schulen gibt es seit Jahren immer stärkere Beschwerden von Eltern und Lehrern über die mangelnde Reinigung durch private Reinigungsfirmen. Beschäftigte in privaten Reinigungsfirmen klagen vielfach über zu große Arbeitsbelastungen und unbezahlte Mehrarbeit.

Die DKP begrüßt, dass der Personalrat der Stadtverwaltung in seiner Stellungnahme zum Stellenplan die Stadtverwaltung auffordert, zu prüfen: „ob es nicht sinnvoll ist, die Reinigung der städtischen Gebäude wieder in die Eigenreinigung zu überführen, um somit die Grunddienstleistung aus eigener Hand auszuführen.“ In der Stellungnahme des Personalrates heißt es weiter: „Unterstützung findet der Personalrat bei seinen Forderungen auch beim Lehrpersonalrat für Grundschulen. Dieser hat über den städtischen Personalrat über gravierende Hygienische und Sauberkeitsmängel vor kurzem unterrichtet. Gute Beispiele zur Rekommunalisierung sind z. B. die Städte Bochum, Herne, Köln, Wuppertal, Erkrath und Witten, die diesen Schritt unternommen und die Reinigung wieder in die eigene Hand genommen haben.“

Die DKP hat in den Haushaltsberatungen die Forderung des Personalrats nach Rekommunalisierung der Gebäudereinigung unterstützt. Dies wäre ein erster Schritt, um auch andere kommunale Aufgaben künftig mit städtischen Beschäftigten durchzuführen, wie z. B. den Ganztags an den Schulen oder die Kinder- und Jugendhilfe, die zum großen Teil an den privaten Dienstleister Flow vergeben wurde.

Irmgard Bobrzik, Tel.: 62020

Benteler/ Rothrist

DKP solidarisch

DKP-Ratsmitglied Michael Gerber hat am 13. Dezember Dirk Müller, dem Betriebsratsvorsitzenden des von der Schließung bedrohten Benteler Werkes in Bottrop eine Solidaritätserklärung überreicht. Darin heißt es:

„Die DKP solidarisiert sich mit Eurem Kampf um die Erhaltung des traditionsreichen Standortes in Bottrop. Unter dem Namen Rothrist war das Werk an der Knippenburg stadtbekannt. 2008 wurde Rothrist von dem Benteler-Konzern übernommen. Seit Jahrzehnten stellt Euer Standort Rohre und Komponenten für die Autoindustrie her.

Um die 255 Arbeitsplätze langfristig zu sichern, habt Ihr für einen Standortsicherungsvertrag mit Benteler auf Lohnbestandteile verzichtet. Statt die Zusagen jedoch zu realisieren und in euren Standort zu investieren, wird Euch jetzt durch Benteler mit der angekündigten Werksschließung im Jahr 2022 ‚gedankt‘.

Es ist ein Hohn, wenn Benteler ankündigt, die Werksschließung in Bottrop ‚sozialverträglich umzusetzen‘: Mit weltweit 30.000 Beschäftigten in 38 Ländern und einem Umsatz von über 8 Milliarden Euro gehört Benteler zu den größten Familienunternehmen in Deutschland. Es ist skrupellos, die beabsichtigte Werksschließung wenige Tage vor Weihnachten anzukündigen. Zur Sicherung des Profits sind dem Benteler-Konzern die Zukunft der Beschäftigten und ihrer Familien egal.

Auch für euren Standort gilt die alte Erfahrung der Gewerkschaftsbewegung: Wer kämpft kann verlieren, wer nicht kämpft hat schon verloren. Für diesen Kampf sichern wir Euch die Solidarität und die Unterstützung der DKP zu.

Wir wünschen Euch kleine und große Erfolge in Eurem Kampf!“
Michael Gerber, Tel.: 96227

Aus den Ruhr Nachrichten vom 21.9.19 – Brief an Irmgard Bobrzik von Hermann Beckfeld

„Sie waren nie eine Mitläuferin, immer eine Macherin, der Motor für Protestaktionen“

Liebe Irmgard Bobrzik,

ein Erlebnis reichte aus, um mich auf die Idee zu bringen, Ihnen einen Brief zu schreiben. Ein Mann hatte sich für die Rentenberatung bei Ihnen dreist vorgedrängt – aber die Rechnung ohne Sie gemacht. Sie drückten ihm seine Papiere in die Hand und verwiesen ihn aus Ihrem Büro. Da wusste ich: Diese Frau lässt sich nichts gefallen und hasst Ungerechtigkeiten.

Wenige Wochen später saß ich im Arbeitszimmer Ihrer Wohnung, schaute auf die Fotos Ihrer drei Kinder und vier Enkel, auf das Foto Ihres verstorbenen Ehemanns Werner, der erst auf der Zeche und später bei Teerbau malochte. Und im Gespräch wurde mir bewusst, dass eine bewundernswerte Kämpferin gerade Ihr Leben schilderte, die schon mit 14 Jahren arbeiten musste, um die Familie zu unterstützen; die auch mit 79 Jahren vorangeht und nicht lockerlässt, um anderen als Renten-Expertin und Ratsvertreterin der Kommunisten zu helfen: zielstrebig, kantig, unerschrocken, selbstbewusst und unbestechlich sowieso.

Schnell war mir klar. Die Kindheit hat Sie fürs Leben geformt. Nach der Volksschule war Schluss mit Lernen, Sie mussten als Haushaltshilfe kochen, putzen, einkaufen und den Eltern monatlich 30 Mark abgeben. Ihr Vater Gustav, der mit Verletzungen aus dem 1. Ersten Weltkrieg zurückgekehrt war, und Mutter Anna hatten immerhin fünf Mädchen und drei Jungs durchzubringen. Da kam es auf jeden Pfennig an.

Aus der kleinen Irmgard wurde eine hübsche junge Frau, um die sich einige gutaussehende Männer an Tanzabenden bemühten, „aber Werner war nun mal der Hartnäckigste“. Sie bekamen drei Kinder, und wieder fehlte es an Geld. Um über die Runden zu kommen, montierten Sie elf Jahre lang bei Krups am Fließband Trockenhauben und Mixer. Morgens waren Sie Mutter und Hausfrau, in der Nachmittagsschicht dann bis spät in den Abend berufstätig. Irgendwann, unter dem Motto „Irmgard, kannst du das nicht machen“, ließen Sie sich zur Betriebsrätin wählen. Wenn, dann richtig, sagten Sie sich und ließen sich für die verantwortungsvollen Aufgaben gründlich schulen.

Dann der Schock. Krups schloss das Werk in Bottrop, schickte Mitarbeiter mit Abfindungen in die Arbeitslosigkeit, bot Jobs in anderen Städten an, unter anderem in Hongkong. Ihr Kampf gegen Ungerechtigkeiten und Arbeitsdruck, gegen Disziplinierung und Billiglöhne begann. Er führte Sie auf die Straße, bei Demos marschierten Sie mit Plakaten, Flugblättern und Megaphon in der ersten Reihe. Die Bilder von den kämpferischen Krups-Frauen aus Bottrop gingen quer durch Deutschland. Er führte Sie in den Ratssaal, um die Politiker zu überzeugen; geschickt hatten Sie zuvor Pfarrer und andere Meinungsmacher und die halbe Stadt auf Ihre Seite gebracht. Der Kampf führte Sie auch in die Gerichtssäle; in einer Verhandlungspause boten Ihnen die Firmenmanager statt der maximal üblichen 40 000 Mark verlockende 100 000 Mark als Vergleich an; sie wollten den renitenten Quälgeist so schnell wie möglich loswerden. Doch Sie ließen sich nicht kaufen, lehnten die Offerte noch auf dem Flur ab. „Es war eine ungeheure Summe, aber ich war froh, dass mein Werner gar nicht erst den Versuch machte, mich zuzustimmen. DKP trauert um Frank Kempfner

Fortan saßen Sie um 6 Uhr morgens im Werksbus, der sie von Bottrop für eine volle Schicht nach Solingen fuhr. Viele versteckten ihre Haarröllchen unterm Kopftuch, für eine ordentliche Frisur fehl-



ten morgens Zeit und Kraft. „Wir waren ja ganz normale eitle junge Frauen, die hübsch sein wollten. Und die Konkurrenz war groß.“

Die Krups-Frauen wurden zu Freundinnen, die sich einmal pro Woche im Café trafen. Anfangs kamen 50, heute ist es nur noch eine Handvoll. Auch nach der Zeit bei Krups blieben Sie sich treu, kauften sich mit 40 ein Mofa, um mobil zu sein: als Altenpflegerin, als DKP-Politikerin im Rat, die 220 Euro Ihrer 298 Euro Vergütung den Kommunisten gibt; als Versicherungsfürsprecherin der Deutschen Rentenversicherung, die jeden Paragraphen kennt; zweimal in der Woche halten Sie beim VdK-Kreisverband offizielle Sprechstunden ab, sind aber auch sonst für Ratsuchende immer zu erreichen.

Liebe Irmgard Bobrzik,

Sie waren nie eine Mitläuferin, immer eine Macherin, der Motor für Protestaktionen. „Ich will 100 Jahre alt werden und so weitermachen wie heute“ – als Sie dies sagen, klingelt das Telefon. Ihr Rat, Ihre Meinung bleiben gefragt.

Mit besten Grüßen
Hermann Beckfeld